

Antrag 001: Hochwasserschutz mit Vernunft: Vollzugsstopp für ökologische Flutungen Wyhl/Weisweil – Gleichwertige Schluten-Alternative prüfen, anerkennen und umsetzen

Antragsteller*in:	BV Südbaden (LV Baden-Württemberg)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **1) Sofortiger Vollzugsstopp:**

2 Die FDP-Landtagsfraktion wird aufgefordert, in einer künftigen
3 Regierungskoalition darauf hinzuwirken, dass der Vollzug des
4 Planfeststellungsbeschlusses Wyhl/Weisweil (IRP) ausgesetzt wird. Ziel ist,
5 irreversible Maßnahmen zu vermeiden, bis die Alternativenprüfung abgeschlossen
6 ist. (Gemeint ist der Stopp der Umsetzung, nicht die Aussetzung des
7 Katastrophenschutzes.)

8 **2) Planänderungsverfahren statt Basta-Politik:**

9 Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend ein Planänderungs- bzw. -
10 ergänzungsverfahren einzuleiten, das die ökologische Schlutenlösung als
11 vollwertige Alternative mit gleicher Zielerreichung prüft. Die Alternative ist
12 anzuerkennen und umzusetzen, wenn der Gleichwertigkeitsnachweis gelingt
13 (Retentionswirkung, Absenkung der Hochwasserstände gemäß IRP-Zielsystem,
14 hydrologische und hydrogeologische Auswirkungen, Auenökologie, Kosten/Lifecycle,
15 Betrieb/Unterhalt).

16 **3) Gleichwertigkeitskriterien (Muss-Set):**

- 17 a) Hochwasserschutz: Erfüllung der IRP-Schutzziele (volumetrischer
18 Beitrag/Absenkung, Klimaanpassungsannahmen) mindestens gleichwertig zur Variante
19 „Ökologische Flutungen“.
- 20 b) Grundwasser & Siedlungsschutz: Keine Verschlechterung; Nachweis mittels
21 unabhängiger Grundwasser- und Schadensrisikoexpertisen.
- 22 c) Auenökologie: Netto-Nutzen ☐ Status quo ante bzw. ÖF-Variante;
23 Berücksichtigung Natura-2000-Belange.
- 24 d) Wirtschaftlichkeit: Vollkosten-Vergleich (Invest, Betrieb, Folgekosten,
25 Ausgleichs-/Kompensationsbedarf, Infrastruktur-Risiken).

26 **4) Unabhängige Prüfung & Transparenz:**

27 Die Nachweise sind durch unabhängige Gutachterkonsortien (Hydrologie,
28 Hydrogeologie, Ökologie, Wirtschaftlichkeit) zu erbringen. Es erfolgt eine
29 vollständige Veröffentlichung (Daten, Modelle, Annahmen, Sensitivitäten) sowie
30 eine strukturierte Beteiligung der betroffenen Kommunen und Bürger.

31 **5) Rechtliche Flankierung:**

32 Sollte sich im Zuge der Prüfung zeigen, dass die Schluten-Variante überlegen
33 oder gleichwertig ist, wird die Landesregierung beauftragt, alle notwendigen
34 Schritte zur Planänderung bzw. – falls rechtlich geboten – Planaufhebung und
35 Neuaufstellung einzuleiten; dabei sind Förder- und Mitfinanzierungsbeziehungen
36 (Bund/EU) sowie Absprachen am Oberrhein rechtssicher zu sichern.

6) 100-Tage-Fahrplan (nach Regierungsbildung):

- Woche 1–4: Vollzugsstopp, Mandatierung Gutachter, Datenraum & Monitoring.
- Woche 5–12: Modellierung/Abgleich, Stakeholder-Hearings.
- Woche 13–16: Entwurf Planänderung, Kabinettsbefassung, Einleitung PFV-Änderung.

7) Kommunikationsleitplanke:

- Die FDP Baden-Württemberg bekennt sich zu Hochwasserschutz und Akzeptanz. Ziel ist sowohl Schutzwirkung als auch minimale natur- und siedlungsökologische Eingriffe – Technologieoffenheit statt Varianten-Dogma. Ökologische Flutungen lehnen wir ab.

Begründung

1. Ausgangslage und Zielkonflikt

Das Integrierte Rhein Programm (IRP) zielt auf Absenkung extremer Hochwasserstände am Oberrhein und verbindet dies mit Auenentwicklung. Für den Rückhalteraum Wyhl/Weisweil steht mit der Variante „Ökologische Flutungen“ eine genehmigte Umsetzungsoption im Raum. Zugleich bestehen substantielle Bedenken bezüglich hydrologischer Nebenwirkungen (Grundwasserspiegel, Vernässung), siedlungsnaher Risiken, Eingriffsintensität in bestehende Rheinwaldstrukturen sowie gesamtwirtschaftlicher Folgekosten.

2. Lösungsansatz: Gleichwertige Alternativen zulassen

Rechtlich ist es möglich und zuweilen geboten, im Wege eines Planänderungs- oder -ergänzungsverfahrens Alternativen zu prüfen, sofern diese die gesetzten Schutzziele mindestens gleichwertig erreichen. Die sogenannte „Schluten-Alternative“ verspricht, mit einer differenzierten Durchströmung (Schlutenführung) Retentionswirkung und ökologische Ziele zu verbinden – potenziell mit geringerer Eingriffsintensität in sensiblen Beständen. Die Gleichwertigkeit ist nicht zu behaupten, sondern belastbar nachzuweisen.

3. Kriterien und Evidenz

Die vorgeschlagenen Muss-Kriterien (Hochwasserschutz, Grundwasser/Siedlungsschutz, Auenökologie, Wirtschaftlichkeit) stellen sicher, dass nur eine Alternative zum Zuge kommt, die den IRP-Schutzzielen mindestens entspricht. Die Prüfung durch unabhängige Konsortien, die vollständige Veröffentlichung der Modelle und Annahmen sowie strukturierte Beteiligungsformate erhöhen Transparenz und Akzeptanz.

4. Governance und Zeitplan

Ein 100-Tage-Paket nach Regierungsbildung sorgt für Momentum: Vollzugsstopp, Mandatierung, Datenräume, modellbasierte Prüfungen, strukturierte Hearings und schließlich die Einleitung des Planänderungsverfahrens. So wird zugleich Rechtssicherheit gewahrt und die internationale Koordination am Oberrhein (DE/FR/CH) respektiert.

5. Fazit

Technologieoffenheit, Evidenzorientierung und Transparenz sind die DNA liberaler Politik. Mit diesem Antrag sichern wir Hochwasserschutz UND Akzeptanz, vermeiden irreversiblen Schaden und ermöglichen eine bessere – oder mindestens gleichwertige – Lösung.